

Mehr Karl Schiller wagen

Ein Namensbeitrag von Dirk Wiese, MdB

Wirtschaftspolitik ist „immer und zugleich Gesellschaftspolitik und Ordnungspolitik. [...] Wir müssen zugleich in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dafür sorgen, dass unser demokratisch-parlamentarisches System sich aus sich heraus auch in den gesellschaftlichen Bereich unaufhörlich erneuert.“, so der erste SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller 1968.

Wir als SPD haben ein klares Bild von einem sicheren, verantwortungsvollen aber vor allem sozialen Deutschland. Die günstigen Rahmenbedingungen – gesunde Staatsfinanzen, Arbeitslosenzahlen auf Rekordtief, stetiges Wirtschaftswachstum – müssen wir nutzen, um maßgebliche Verbesserungen für die Menschen in unserem Land umzusetzen. Es ist daher höchste Zeit, das Soziale in Sozialer Marktwirtschaft zu betonen und darüber zu diskutieren, wie wir zukünftig unseren Sozialstaat gestalten wollen.

Es ist höchste Zeit, das Soziale in Sozialer Marktwirtschaft zu betonen.

Wir wollen die Erträge der guten Wirtschaftsleistung nutzen, um die soziale Schieflage zu beseitigen. Unser Anspruch ist es, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Vision des modernen Wirtschaftsstandortes Deutschland zu verwirklichen. Gute Arbeit ist oftmals Voraussetzung für ein gelingendes Leben. Die Leih- und Zeitarbeit in ihrer jetzigen Form gehört daher abgeschafft. Ausnahmen können in bestimmten Branchen sinnvoll sein, allerdings nur dann, wenn zwischen den Unternehmerverbänden und den DGB-Gewerkschaften in einem Tarifvertrag ausgehandelt. Dies stärkt auch die Tarifbindung. Wir fordern eine Anhebung des Mindestlohns in Deutschland auf 12 Euro sowie europäische Mindestlöhne mit dem Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit.

Dem Staat kommt auch Verantwortung in denjenigen Unternehmen zu, in denen er Anteilseigner ist, wie bei der Deutschen Post. Hier muss er lenkend eingreifen, wenn sich Schieflagen entwickeln oder auch das Interesse des Staates nicht beachtet wird. Es gilt: Ein Betrieb, ein Tarifvertrag. Auslagerungen von Personal in Subunternehmen zur Vermeidung der Zahlung von anständigen Löhnen müssen ein Ende haben.

Diejenigen, die dafür sorgen, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt leben, müssen auch an diesem Wohlstand beteiligt werden. Wir als SPD müssen gerade deshalb Verteilungsfragen in den Blick nehmen, da nur ein sozial gerechtes Land Heimat für eine friedliche und freie Gesellschaft in

einer globalisierten Welt sein kann. Dazu ist vor allem eine gerechte Steuerpolitik für uns unabdingbar. Die Perversion, sich vor Steuern zu drücken, aus denen Straßen, Schulen und Krankenhäuser finanziert werden, gehört beendet.

Die SPD muss wieder verstärkt Verteilungsfragen in den Blick nehmen.

Das heißt auch die sozialen Sicherungssysteme auf die spürbaren Auswirkungen von demografischem Wandel und Digitalisierung vorzubereiten. Sozialstaat funktioniert allerdings nicht ohne eine starke Wirtschaft. Um unseren Wohlstand für die Zukunft zu sichern, brauchen wir eine moderne Industriepolitik. Unser Anspruch ist es, dass Deutschland Vorreiter für kluge Ansätze wird. Deutsche Unternehmen weisen hier bereits großes Potenzial auf. Wir wollen sie unterstützen und damit Deutschland und Europa als Standort stärken. Diese Innovationen sollen die Industrie nicht nur wettbewerbsfähig, sondern auch klimaschonend machen. Zu einer verantwortungsvollen Gesellschaftspolitik gehört deshalb eine zusammen gedachte Wirtschafts- und Umweltpolitik. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Um unseren Wohlstand für die Zukunft zu sichern, brauchen wir eine moderne Industriepolitik.

Durch massive Investitionen in Forschung und Entwicklung von Zukunftstechnologien wollen wir gemeinsam mit den europäischen Schlüsselindustrien, der Energiebranche sowie der Landwirtschaft den CO₂- und Stickoxid-Ausstoß reduzieren. Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen und Industrien wollen wir stärker fördern, zum Beispiel durch Steuerrabatte für deren Forschung.

Treiben wir innovative Mobilität schneller voran und ebnen wir den Weg für eine konsequente Verkehrswende. Solar-Radwege? Wasserstoffbetriebene Züge? Innovationen, die es in Deutschland bereits gibt, müssen wir schnellstens weiter erforschen und ausbauen, damit die heimische Industrie auch gegenüber großen Akteuren wie China wettbewerbsfähig bleibt. Weiterhin braucht es massive Investitionen in unsere Schieneninfrastruktur und in neue Züge. Eine Trennung von Netz und Betrieb lehnen wir ab. Die Bahn darf zudem zu anderen Verkehrsträgern nicht benachteiligt werden.

Wir bekennen uns klar zur heimischen Grundstoffindustrie und unseren industriellen Wertschöpfungsketten, wollen aber auch eine Vorbildfunktion gegenüber anderen Regio-

nen der Erde einnehmen. Beispielsweise wollen wir Künstliche Intelligenz als zentralen Baustein nutzen, um Umwelt und Wirtschaft noch enger zusammenzubringen und damit für mehr Klimaschutz zu sorgen.

Wir wollen den CO₂-Ausstoß reduzieren und den Strom wieder billiger machen. So würde – ergänzend zum EU-Emissionshandel – eine Bepreisung von CO₂ in den Bereichen wie beispielsweise Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft eine sinnvolle Lenkungswirkung entfalten und Anreiz für Investitionen in klimafreundliche Technologien bieten. Im Gegenzug dazu müssten die Steuern, Umlagen und Abgaben auf Strom gesenkt werden, um diese CO₂-Bepreisung wieder auszugleichen. Dies würde sinkende Strompreise in Deutschland nach sich ziehen. Diese Regelung darf die BürgerInnen allerdings nicht zusätzlich belasten.

Jedes Jahr vergibt der Staat Aufträge in hohem Milliardenbereich. Das reformierte Vergaberecht lässt zu, dass dabei auch nach Umwelt- und Sozialkriterien entschieden werden kann. Dem Staat kommt hier eine Vorbildfunktion zu, bei Auftragsvergabe darauf zu achten, dass beispielsweise Mindestlöhne oder auch Klima- und Umweltverträglichkeit Voraussetzung bei staatlichen Aufträgen sind.

Für uns als SPD ist klar: umwelt- und Klimaschutzpolitische Maßnahmen schaffen mehr soziale Gerechtigkeit und sind damit zentraler Baustein einer modernen sozialdemokratischen Politik, die für die Menschen in unserem Land einsteht.

Karl Schiller hatte Recht: Wirtschaftspolitik funktioniert nicht ohne Gesellschaftspolitik und Gesellschaftspolitik nicht ohne eine gesunde Wirtschaft. Packen wir's an, wagen wir mehr Karl Schiller!